

Politikwissenschaftler sehen AfD von der "Tea Party" angespornt

Geschrieben von: Lorenz

Donnerstag, den 26. November 2020 um 07:56 Uhr

NW-Interview mit Professor Detering zu den Störaktionen im Bundestag

Politikwissenschaftler sehen AfD von der "Tea Party" angespornt

Donnerstag 26. November 2020 - Bielefeld / Berlin (wbn). Der Literaturprofessor Heinrich Detering zeigt sich nach den Störaktionen von AfD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag erstaunt über die Aufregung.

In einem Gespräch mit der "Neuen Westfälischen" in Bielefeld sagt Detering, führende Vertreter der AfD hätten "alles Mögliche getan, um den Nationalsozialismus aufzuwerten". Warum also die Empörung über Vergleiche mit einer Politik, "die sie doch in ihren Geschichtsklitterungen selber empfehlen?"

Fortsetzung von Seite 1

Hinweise auf die Nazis findet Detering verständlich, aber nicht hilfreich. "Viel näher liegt ein anderer Vergleich", sagte der Autor des Bestsellers "Was heißt hier "wir"? Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten": Unter der Trump-Regierung sei die Bewegung, die vor zehn Jahren als "Tea Party" begann, militant geworden.

Es sei genau dieser Übergang "von der Verachtung demokratischer Prozesse und Institutionen zur offenen Gewaltandrohung, von dem sich nach meinem Eindruck die AfD jetzt angespornt sieht".

Der Politologe Jürgen Falter, der gerade ein Buch mit dem Titel "Hitlers Parteigenossen. Die Mitglieder der NSDAP 1919-1945" veröffentlicht hat, erklärte gegenüber der Zeitung die Doppelstrategie der AfD: außerparlamentarische Opposition auf der Straße, Schulter an Schulter mit sogenannten Querdenkern, Verschwörungsgläubigen und Reichsbürgern.

Politikwissenschaftler sehen AfD von der "Tea Party" angespornt

Geschrieben von: Lorenz

Donnerstag, den 26. November 2020 um 07:56 Uhr

In den Parlamenten erkennt der Parteienforscher, wenngleich "qualitativ sehr unterschiedlich", einerseits seriöse Arbeit, gleichzeitig aber "Versuche, durch gelinde gesagt unkonventionelles Benehmen die Volksvertretungen aufzumischen und lächerlich zu machen". Falter sagte angesichts der Bedrohungen im Bundestag, das sei "noch nicht die Weimarer Republik - aber auch wenn die Methoden der Nationalsozialisten innerhalb und vor allem auch außerhalb des Parlaments wesentlich rabiater gewesen waren, erinnert dieser Vorgang doch daran".